

Bendheim, Erich

**Article — Digitized Version**

## Das Wirtschaftsbild Ostafrikas, Rhodesiens und Nyassalands, 3: Das britische Treuhandgebiet Tanganjika

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bendheim, Erich (1955) : Das Wirtschaftsbild Ostafrikas, Rhodesiens und Nyassalands, 3: Das britische Treuhandgebiet Tanganjika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 10, pp. 584-586

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132168>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Das Wirtschaftsbild Ostafrikas, Rhodesiens und Nyassalands

Erich Bendheim, Johannesburg

## III. Das britische Treuhandgebiet Tanganjika

Ein Blick auf die Karte des britischen Treuhandgebiets Tanganjika kann zu schweren Trugschlüssen führen, vor allem wenn dieses Territorium, wie es so oft geschieht, mit den dichtbevölkerten Ländern Europas und Asiens verglichen wird. Bei einem Flächeninhalt von nahezu 1 Million qkm und einer niedrigen Einwohnerzahl, die nach der Volkszählung des Jahres 1952 7,6 Millionen nicht überstieg, scheinen die weiten Räume Tanganjikas zur Siedlung einzuladen und ein natürliches Auffanggebiet für die Auswanderermassen aus den überbevölkerten Ländern zu bilden.

De facto verliert eine derartige Interpretation an Bedeutung, wenn berücksichtigt wird, daß ungefähr zwei Drittel Tanganjikas von der Tsetsefliege verseucht und daher für menschliche Besiedlung ungeeignet sind. Eines der ausgeprägtesten Merkmale dieses Landes ist das ungewöhnliche Mißverhältnis zwischen der gewaltigen Ausdehnung und dem relativ begrenzten anbaufähigen Boden. Die ungünstigen klimatischen Verhältnisse spiegeln sich in der Volksgesundheit wider, wobei die Erfolgsberichte über den ausgezeichneten Stand des Gesundheitswesens „cum grano salis“ aufgenommen werden müssen. Der Mangel an einheimischen Ärzten und ausgebildetem Pflegepersonal wird bei der Ausbreitung von Tropenkrankheiten wie Malaria, Zeckenfieber und Schlafkrankheit besonders fühlbar. Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Aussatz grassieren und können nur zum Teil bekämpft werden, da für das gesamte Gebiet lediglich 400 Ärzte zur Verfügung stehen. Immerhin ist bemerkenswert, daß die Säuglingssterblichkeit der Eingeborenen mit der Einführung des europäischen Hygienedienstes erheblich gesenkt werden konnte. Unter diesen Umständen wuchs die Eingeborenenbevölkerung von 5,1 Millionen im Jahre 1931 auf 7,6 Millionen im Jahre 1952 an. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Europäer von 8 228 auf 17 885 und die der Inder und Goanesen von 25 144 auf 59 730. Trotz dieser Entwicklung muß dem Gesundheitswesen auch in Zukunft Priorität eingeräumt werden.

Der Mandatsverwaltung bleibt der Vorwurf nicht erspart, daß keine Anstrengungen unternommen wurden, durch eine dichtere Besiedlung den Bevölkerungsdruck anderer Kontinente zu beheben. In der Tat besteht wenig Neigung, europäische Arbeitskräfte heranzuziehen, um auf diese Weise auch ein besseres Gleichgewicht in der einheimischen Bevölkerungsstruktur herzustellen. So beschränkte sich die Zahl der europäischen Einwanderer im Jahresdurchschnitt 1949 bis 1954 auf weniger als 3 000. Die an sich schon starre Einwanderungspolitik wird besonders strikt in Anwendung gebracht, wenn es sich um die Zulassung deutscher Staatsangehöriger handelt, selbst wenn diese auf Grund sorgfältiger Prüfung hinsichtlich der

beruflichen, charakterlichen und politischen Eigenschaften den selektiven Maßstäben durchaus entsprechenden Tendenzen wird geltend gemacht, daß allein das schwierige Problem der Wohnungsverhältnisse den verstärkten Zustrom von Neueinwanderern ausschließt. Besonders in den Städten ist die Wohnraumbeschaffung denkbar ungünstig, so daß viele Familien darauf angewiesen sind, in Hotels und Pensionen zu leben. Obwohl die Regierung den Wohnungsbau in großzügiger Weise in Angriff genommen hat, scheitert eine kontinuierliche Bautätigkeit an ungenügender maschineller Ausrüstung sowie an der Materialbeschaffung. Die bezugsfertigen Wohnhäuser werden fast ausschließlich von Regierungsbeamten in Anspruch genommen.

Die Gepflogenheit, bei der Kommentierung der Einwanderungspolitik auf das Wohnungsproblem hinzuweisen, kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß diese Schwierigkeiten auf dem Lande nicht vorhanden sind. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Förderung der Einwanderung von Landwirten, gleich welcher Nationalität, bei der bestehenden Verknappung an Arbeitskräften eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion mit sich bringen würde. Die Landwirtschaft stellt heute etwa drei Viertel des Produktionswertes. Da das Treuhandgebiet als Agrarexportland gilt, ist die Versorgung mit geeigneten Arbeitskräften von primärer Bedeutung. Sieht man von den Ausfuhrwerten ab, die für die wichtigsten Landesprodukte den Preisschwankungen am Weltmarkt unterlagen, so ist eine wenn auch nur mäßige Aufwärtsentwicklung in der Produktionsmenge zu verzeichnen. Die Zahl der beschäftigten Eingeborenen unterlag jedoch in den Jahren 1952 bis 1954 nur geringfügigen Veränderungen und belief sich einschließlich der Hausangestellten auf 440 000. Hiervon entfielen 50 % auf die Landwirtschaft. Das Arbeiterkontingent ist unzureichend, obwohl die verschiedenen Rekrutierungsstellen bereits Eingeborene aus weit entlegenen Gebieten heranziehen. In Provinzen, in denen die Schlafkrankheit grassiert, sind Rekrutierungsaktionen untersagt. Anstellungsverträge werden auf täglicher Basis oder auf Grund von Arbeitskarten abgeschlossen, die meist eine Periode von 30 Tagen nicht überschreiten. Barlöhne für landwirtschaftliche Arbeiter variieren von 15 sh bis 40 sh zuzüglich Verpflegung und Unterbringung für den Zeitraum der Gültigkeit der Arbeitskarte. Eine besondere Verknappung an eingeborenen Arbeitskräften besteht auf den Sisalpflanzungen, deren Produktionspotential durch diesen Mangel beeinträchtigt wird.

Keine Analyse der Wirtschaft Tanganjikas kann umhin, das Fiasko des Großprojekts zu streifen, das im Jahre 1947 von der „Overseas Food Corporation“ für den mechanisierten Anbau von Erdnüssen in die Wege

geleitet wurde. Diese Planung, die dazu dienen sollte, die Fettlücke Europas zu schließen, sah mit einem Kostenaufwand von 23 Mill. £ die Rodung eines Areals von rd. 1,3 Mill. ha ostafrikanischen Busches bis zum Ende des Jahres 1953 vor. Das a priori zum Scheitern verurteilte Projekt des Masseneinsatzes von Maschinen hat zwei bedenkliche Folgen ausgelöst: Einmal gingen nahezu 40 Mill. £ in unproduktiver Arbeit verloren, übrig geblieben sind lediglich die Unterhaltung von drei Versuchsstationen und eine gerodete Fläche von höchstens 80 000 ha. Darüber hinaus wurden — was viel schwerwiegender für die zukünftige Entwicklung ist — den eingeborenen Kleinlandwirten die Schattenseiten einer Mechanisierung der Landwirtschaft deutlich gemacht. Nicht zuletzt rief die durch die intensiven Nutzungspläne drohende Gefahr einer verstärkten Bodenerosion eine generelle Protestkundgebung der eingeborenen Landwirte hervor.

Tanganjika konnte infolge der Hochkonjunktur für andere Landesprodukte, wie Sisal und Kaffee, die durch den Zusammenbruch des Erdnußprojekts erlittene Schlappe wiedergutmachen. Sisal wurde im Jahre 1893 aus Mexiko nach Tanganjika eingeführt, und die Anbaufläche stellte sich bereits 1912 auf rd. 25 000 ha, die Jahresproduktion auf 20 834 t. Obwohl die Rekordpreise der Jahre 1951 und 1952 seither um mehr als 50 % abgesunken sind, gestatten auch die gegenwärtigen Quotierungen den europäischen und indischen Großfarmern noch erhebliche Gewinnspannen. Um die Ausbeutung einer modernen Sisalpflanzung lukrativ zu gestalten, muß die Anbaufläche mindestens 1200 ha betragen. Sie beläuft sich jedoch in der Mehrzahl der Fälle auf das Vielfache. Zur Illustrierung der erzielten Produktionssteigerung sei angeführt, daß Tanganjikas Sisalernte, die im Jahre 1941 noch auf 81 000 t beschränkt war, sich bis 1954 auf 178 300 t erhöhte.

Im Zeichen der hohen Kaffeepreise hat der Exportwert von Robusta- und Arabica-Kaffee 1954 fast die Ziffer für den Sisalexport erreicht. Vergleichszahlen ergeben einen Sisalexportwert von 12,7 Mill. £ 1953 und von 10,9 Mill. £ 1954. Demgegenüber hat sich der Ausfuhrwert von Kaffee fast verdoppelt, und zwar von 5,8 Mill. £ auf 10 Mill. £. Die Jahreserzeugung beträgt gegenwärtig 16 000 t Kaffee, wovon mehr als die Hälfte auf die Ernten der Eingeborenenpflanzungen entfällt. Eine „goodwill mission“ von zwei Afrikanern und zwei Weißen bereist zur Zeit die USA und Kanada, um Tanganjikas Kaffeequitäten zu propagieren. Die europäischen Kaffeepflanzer haben sich zwar der Delegation nicht angeschlossen, jedoch ihre Zustimmung zu diesem Unternehmen nicht versagt. Den beiden größten Genossenschaften gehören mehr als 120 000 afrikanische Kaffeepflanzer an.

Eine detaillierte Darstellung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse würde den Raum dieses Berichtes sprengen. Es genügt zu vermerken, daß Baumwolle als Ausfuhrgut an dritter Stelle steht, gefolgt von Häuten und Fellen sowie Olsaaten und Nüssen. Tanganjika verfügt besonders in den Trockengebieten über ausreichendes Weideland. Die Rinderzucht wird fast ausschließlich von den Eingeborenen betrieben. Bei

einer Rekordzahl von 6,5 Mill. Stück Großvieh, die in keinem anderen Teil des britischen Kolonialreiches erreicht wird, befinden sich 97 % im Besitz der Afrikaner. Für den Anbau von Akazien und die Gewinnung von Gerbrinde und Gerbextrakt wird in Njombe eine großzügige Planung vorbereitet. Die bestehenden Kleinplantagen erzielen außergewöhnlich hohe Preise. Obwohl das Wachstum des Bergbaus mit dem der Landwirtschaft nicht Schritt gehalten hat, konnte doch auf Grund der Entdeckung der Mwadui-Diamantenmine durch den kanadischen Geologen Dr. J. T. Williamson im Jahre 1940 eine neue Quelle fast unerschöpflichen Mineralreichtums erschlossen werden. Innerhalb kurzer Zeit stellte die Förderung der „Williamson Diamonds, Ltd.“ und der „Alamasi, Ltd.“ einen bedeutenden Faktor in der Wirtschaft Tanganjikas dar. Die mit der „Diamond Corporation“ im Jahre 1946 abgeschlossene Verkaufsvereinbarung sicherte diesen Minen einen Anteil von 10 % an dem Gesamtumsatz der Korporation zu. Nach Ablauf der Vertragsfrist ergaben sich schwerwiegende Differenzen, die zeitweilig zu einer fast völligen Einstellung der Exporttätigkeit führten. Nachdem im Juni 1952 ein neuer Vertrag zustande gekommen war, wurde die Diamantenausfuhr wieder im vollen Umfang aufgenommen. Der Exportwert im Jahre 1954 betrug 3,1 Mill. £. Gold wird in verschiedenen Gebieten, insbesondere im Geita-Distrikt gefördert, wo sich das größte Goldbergwerk Britisch-Ostafrikas, die „Geita Gold Mining Co., Ltd.“ befindet. Die Erzreserven, die einen hochgradigen Goldgehalt besitzen, werden auf mehr als 1,2 Mill. t geschätzt. Neben reichen Steinkohlefeldern fallen Zinn und Wolfram an, während das Bleibergwerk in Mpanda über einen Ausstoß von jährlich 6 000 t im Werte von 475 000 £ verfügt.

Die industrielle Entwicklung befindet sich noch in den Kinderschuhen. Zwar sind statistisch mehr als 2 000 Industrieunternehmen erfaßt, jedoch ist darin eine große Zahl von Klein- und Kleinstbetrieben enthalten. Sie sind vor allem in der Hauptstadt Dar-es-Salaam konzentriert und befassen sich mit der Herstellung von Baumaterialien, Konservendosen, Möbeln, chemischen und pharmazeutischen Artikeln. Mehrere Maschinenbauanstalten und Reparaturwerkstätten mittlerer Größe haben sich ebenfalls im Radius der Hauptstadt niedergelassen. In Dar-es-Salaam wird eine Großschlächtereie in Verbindung mit einer Fleischkonservenfabrik betrieben, während in Arusha ein Schlachthaus und eine Fleischkühlanlage dem Betrieb übergeben wurden.

Die Wirtschaft Tanganjikas, die auf der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Diamantengewinnung basiert, ist außerordentlich weltmarktabhängig. Bisher ist es gelungen, die Außenhandelsbilanz aktiv zu gestalten, wenn auch bereits im Jahre 1954 die Marge erheblich schmaler geworden ist. Hohe Marktpreise für Sisal, Kaffee und Diamanten können aller Voraussicht nach nicht für die Dauer aufrechterhalten werden. Um die künftige Prosperität des Landes zu gewährleisten, wird es erforderlich sein, die Leistung der Eingeborenen zu steigern. Eine weitere grundlegende Verbesserung im Gesundheitswesen und in der Ernährung ist hierfür der erste entscheidende Schritt.

Verseuchte und unterernährte Neger können nicht für Fabrikarbeit eingesetzt werden, zumal eine ständige Infektionsgefahr besteht.

Die Mandatsverwaltung wird auch nicht umhin können, ihre bisherige Einwanderungspolitik zu revidieren. Es steht außer Zweifel, daß die Erschließung der Verkehrswege durch den Bau neuer Eisenbahnlinien und befahrbarer Landstraßen eine vordringliche Aufgabe darstellt. Die von dem britischen Kolonialamt und der „Colonial Development Corporation“ für diese Zwecke vorgesehenen Mittel dürften nicht ausreichen,

um in absehbarer Zeit revolutionäre Umwälzungen herbeizuführen. Auf der Aktivseite der gegenwärtigen Verwaltung steht das relativ reibungslose wirtschaftliche und politische Zusammenwirken der europäischen, asiatischen und eingeborenen Rassen, eine Tatsache, die sich einwandfrei in den Sitzungen der Gesetzgebenden Körperschaft widerspiegelt. Tanganika benötigt aber Einwanderer mit Pioniergeist und Kapital. Es steht zu befürchten, daß das Mandatssystem für eine derartige fortschrittliche Entwicklung kaum geeignet ist.

## Die Beschäftigungslage des westdeutschen Maschinenbaus

Hans Leitner, Frankfurt/M.

**E**in auffallender Zug des Umgliederungsprozesses, der sich in der Industriestruktur der Bundesrepublik in den letzten Jahren vollzogen hat, ist die Stärkung der Position der Investitionsgüterindustrien und insbesondere des Maschinenbaus. Dieser Industriezweig steht heute mit über 700 000 Beschäftigten an der Spitze aller in Westdeutschland vertretenen Industriegruppen. Am Umsatz gemessen wird er lediglich durch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie übertroffen, wobei man aber berücksichtigen muß, daß hier sehr viele Zulieferungen eingerechnet sind, während der auf eigener Wertschöpfung beruhende Umsatzanteil im Maschinenbau natürlich wesentlich größer ist als in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

### EINFLUSSE DER WELTKONJUNKTUR

In den Jahren zwischen 1948 und 1955 boten sich in Westdeutschland besonders günstige Bedingungen für eine zügige Ausweitung der Maschinenproduktion. Der außerordentlich starke Nachholbedarf in den ersten Nachkriegsjahren, die Impulse des Koreabooms, der vom Konkurrenzkampf ausgehende Zwang zur Rationalisierung, das Streben nach einer größeren Grundstoff- und Energiebasis und ein wachsender Arbeitskräftemangel, dessen Ausgleich den verstärkten Einsatz arbeitsparender Produktionsmittel erfordert, stellen dem westdeutschen Maschinenbau bis heute immer wieder neue umfassende Aufgaben. Nur während des Jahres 1953 war das Tempo der Produktionsentwicklung in Auswirkung der weltweiten Investitionsermüdung nach dem Abklingen des Koreabooms vorübergehend schwächer. In allen Sparten des Maschinenbaus sanken in dieser Stagnationsperiode die Auftrageingänge mehr oder weniger erheblich unter das Maß der Auslieferungen. Die Beschäftigung konnte während des Jahres 1953 nur durch die aus der Vergangenheit noch vorhandenen Auftragsreserven gehalten werden.

Zur Wiederbelebung der Investitionsgüterkonjunktur an der Jahreswende 1953/54 haben zweifellos internationale Konjunktüreinflüsse wesentlich beigetragen, insbesondere wohl der Umstand, daß die Rohstoffpreise des Weltmarktes, von deren Bewegung das In-

vestitionsgütergeschäft stets sehr stark abhängt, ihren absoluten Tiefpunkt erreicht hatten. Für die Rohstoffverbraucher schien jetzt die Zeit gekommen, um die teilweise schon gefährlich leergewordenen Läger wieder aufzufüllen. Außer den davon ausgehenden und auf den Produktionsmittelbereich übergreifenden Belebungsstendenzen wurden in Westdeutschland zusätzliche Anregungen durch die Steuerreform erzielt, die auf die Förderung der Kapitalbildung ausgerichtet war, um damit der Investitionstätigkeit wieder neue Impulse zu geben. Seit dem Frühjahr 1954 verzeichnete der westdeutsche Maschinenbau allgemein wieder ein kräftiges Anwachsen des monatlichen Bestellvolumens. Da die Nachfrageintensität für Produktionsmittel aller Art sogar erheblich schneller zunahm als die Ausbringung der Maschinenfabriken, hatte sich schon am Jahresende 1954 wieder ein ansehnliches Auftragspolster gebildet.

### SONDERENTWICKLUNGEN

Der Vorlauf der Aufträge ist jedoch bei der langen Fertigungsdauer im Maschinenbau eine ganz normale Erscheinung und die Bildung von Auftragsreserven volkswirtschaftlich gesehen erwünscht, damit die Beschäftigung in den besonders konjunkturrempfindlichen Produktionsmittelindustrien auch bei rückläufiger Konjunktur möglichst lange aufrechterhalten werden kann. Nach einer im Juli d. J. durchgeführten Erhebung verfügte der westdeutsche Maschinenbau über einen durchschnittlichen Auftragsbestand für fast sieben Monate Beschäftigung. Auch im heutigen Zeitpunkt wird sich das vorliegende Bestellvolumen ungefähr in der gleichen Größenordnung bewegen. In den einzelnen Sparten zeigt das Auftragsbild naturgemäß gewisse Abweichungen. Weit über den Durchschnitt hinaus reicht das Auftragsvolumen bei den Herstellern von Hütten- und Walzwerkeinrichtungen. Diese Sonderentwicklung findet ihre Erklärung im sogenannten Investitionshilfegesetz, das den Grundstoffindustrien aus einem von der übrigen gewerblichen Wirtschaft aufgebrachten Kreditfonds besondere Investitionsmöglichkeiten einräumte und ihnen außerdem erleichterte Abschreibungsmöglichkeiten zubilligte.